

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1869

7.9.1869 (No. 210)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 7. September.

N. 210.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr.
Einschickungsgebühr: die gepaltene Beilage oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1869.

Telegramme.

† Paris, 5. Sept. Der „Public“ sagt: Der Kaiser fühlte sich gestern ermüdet und hat dem Ministerrath nicht präsidirt. Die Müdigkeit dauerte noch diesen Morgen fort unter dem Einfluß des stürmischen Wetters.

† Madrid, 5. Sept. Der „Imparcial“ erklärt die Kandidaturen des Herzogs von Montpensier und des Prinzen von Asturien für unmöglich. — Zwei Karlisten sind zum Tode verurtheilt; man erwartet eine Milderung des Urtheilspruches.

* New-York, 3. Sept. (Französl. Kabel). Die gegen Cuba gerichtete Flibustere Expedition ist auf dem Flusse Apalachicola (in Florida) festgehalten worden und hat folglich die Zursünderung von Cuba nicht vergrößern können. — Der republikanische Konvent des Staates Wisconsin hat sich zu Gunsten einer Revision der Zolltarife und für die Zahlung der öffentl. Schuld in baarem Gelde ausgesprochen.

Deutschland.

Karlsruhe, 5. Sept. Se. Königl. Hoheit der Großherzog ist heute Morgen 1 Uhr in Begleitung des Hofmarschalls, Freiherrn von Gemmingen, und des Flügeladjutanten, Majors von Vogel, von Schloß Mainau, dahier eingetroffen. Höchstdieselbe empfing im Laufe des Tages den Hrn. Staatsminister Dr. Jolly, sowie mehrere andere Personen, und reiste Abends 5 Uhr nach Eppingen, um von dort aus den bevorstehenden Divisionsmanövern anzuwohnen. Seine Königl. Hoheit wird bis zum 11. Septbr. bei den Truppen verweilen, sodann sich wieder nach Schloß Mainau begeben und erst zum Besuch der landwirthschaftlichen Ausstellung nach Karlsruhe zurückkehren.

Ihre Majestät die Königin Augusta von Preußen hatte bereits vor der Abreise des Großherzogs Schloß Mainau verlassen, um sich auf einem Umweg durch die Schweiz zum Gebrauch der Herbstkur nach Baden zu begeben.

Nürnberg, 4. Sept. (Nürnb. Korr.) Der geschäftsleitende Ausschuss der Volkspartei in Bayern hat auf den 12. September eine Landesversammlung der Partei nach Nürnberg einzuberufen beschlossen. Auf der Tagesordnung steht außer dem Finanzbericht u. dgl. hauptsächlich die Berathung über einen vom Münchener Volksverein angeregten Protest gegen die Rechtsbeständigkeit der letzterfolgten Landtags-Wahlen, dann über die Stellung der Partei zu den Beschlüssen des sozialdemokratischen Arbeiterkongresses in Eisenach, Besprechung über die Gemeindevahlen, über Besetzung des Kongresses der Friedens- und Freiheitsliga u. a.

* Darmstadt, 4. Sept. Die „Darmst. Ztg.“ bezeichnet das vom „Main. Abendblatt“ mitgetheilte Gerücht, es seien Unterhandlungen über eine Abtretung der Stadt Mainz an Preußen im Gange, als völlig aus der Luft gegriffen.

* Wiesbaden, 5. Sept. Die heutige Versammlung der Fortschrittspartei wurde durch lärmende Sozialdemokraten unmöglich gemacht und durch die Polizei aufgelöst.

Oldenburg, 2. Sept. (N. Ztg.) Der Hof verweilt seit vorgestern in Götting, wohin sich gestern auch zur Erledigung von Regierungsgeschäften der Minister v. Kölling begeben hat. Vor dem Zusammentritt des Landtags, dem in diesem Jahr noch die Regelung des vom Großherzog gewünschten Domania lausgleichs vorliegt, wird wahrscheinlich noch der Landtagsausschuß einberufen werden, um bei der Beseitigung der Anstände mitzuwirken, welche sich bei der Feststellung der Ausführungsmaßregeln für die neue vom Bunde gegebene Gewerbeordnung herausgestellt haben. — Nach Aufstellung der Maschinen und Maschinen, woran man zur Zeit fleißig arbeitet, wird in Wilhelmshafen unverzüglich der Bau der Panzerfregatte „Der große Kurfürst“ in Angriff genommen werden. Wie der auf einer englischen Werft hergestellte „König Wilhelm“ wird auch diese Fregatte mit achtzölligen Stahlplatten versehen werden.

Hamburg, 1. Sept. Gestern fand die erste öffentliche mündliche Verhandlung vor dem hiesigen Polizeigericht statt.

Berlin, 4. Sept. Gestern Nachmittag 2 Uhr starb auf seinem Schlosse Polnisch Nettow bei Rothenburg a. D. in Folge eines Schlaganfalls der Fürst zu Hohenzollern-Hechingen. Derselbe wurde am 16. Febr. 1801 geboren, succedirte seinem Vater am 13. Sept. 1838 in der Regierung des Fürstenthums Hechingen, entsagte derselben mittelst Uebereinkunft vom 7. Decemb. 1849 zu Gunsten Sr. M. des Königs von Preußen, erhielt durch K. Kabinettsordre vom 27. März 1850 das Prädicat „Hoheit“ mit den Prerogativen eines nachgeborenen Prinzen des Königl. Hauses von Preußen, wurde 1861 General der Infanterie, Chef des 2. niederschlesischen Infanterie-Regiments Nr. 47 und des 2. niederschlesischen (jetzt 2. westpreussischen) Landwehr-Regiments Nr. 7. Er lebte meist auf seinen schlesischen Besitzungen, welche er von seiner Frau Mutter (Pauline, geb. Prinzessin von Kurland und Semgallen, gestorben 1845) ererbte. Da die erste Ehe

des Fürsten (mit Eugenie von Beauharnais, Prinzessin von Leuchtenberg, geb. 1808, vermählt 1826, gest. 1847) kinderlos geblieben, die zweite aber (mit Amalie Schenk v. Seyern zu Eyburg, geb. 1832, vermählt 1850) eine morgengabische war, so ist mit dem Hintritt des Fürsten das Haus Hechingen, die ältere Linie der Schwäbischen Hohenzollern, im Mannesstamme erloschen.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt:
Es bestätigt sich, daß die Regierung, die Absicht hat, den Depeschenwechsel mit dem Hrn. Reichszanzler nicht fortzusetzen. Wir sind aber im Irrthum gewesen in der Annahme, daß dieser Entschluß sich speziell auf den vom Grafen Beust über sein behauptetes Entgegenkommen angebotenen Schriftwechsel bezöge, oder durch dies Anerbieten veranlaßt sei. Man betrachtet vielmehr hier die Thematata der neuerdings veröffentlichten Depesche als zur Befriedigung ershöpft.

Berlin, 5. Sept. Se. Maj. der König traf um 1 Uhr in der Nacht von Freitag auf Samstag aus Homburg hier wieder ein. Gestern Morgen startete Höchstdieselbe dem in der Frühe hier angekommenen Großfürsten Konstantin von Rußland Kaiser. Hoheit im russischen Gesandtschaftshotel einen Besuch ab und empfing bald darauf im Palais dessen Gegenbesuch. Nachmittags war im Königl. Palais zu Ehren des Großfürsten Konstantin größere Tafel.

Heute Vormittag kamen Se. Königl. Hoheit der Kronprinz von Sachsen aus Dresden und Se. Hoheit der Herzog von Koburg aus Gotha hier an. Höchstdieselben statten alsbald nach ihrem Eintreffen dem Könige Besuche ab. Zu Begleitung der erlauchten Gäste, sowie der Königl. Prinzen ist Se. Majestät heute Nachmittag gegen 3 1/2 Uhr mittelst Extrazuges nach Stettin abgereist. Unter den hochgestellten Militärs, welche dem König zu den Manövern des 2. und des 1. Armeekorps folgen, befinden sich der Chef des Generalstabes der Armee, General der Infanterie v. Moltke, und der Director des allgemeinen Kriegsdepartements, Generalleutnant v. Pöbbselski.

Ihre Königl. Hoheit die Frau Kronprinzessin hat sich gestern zu ihrem erlauchten Gemahl nach Stargard begeben und kommt heute mit demselben nach Stettin.

Stettin, 4. Sept. (N. St. Z.) Nach uns zugegangener zuverlässiger Mittheilung ist heute dem Hrn. Kommerzienrath Stabberg von dem Bundeskanzler Grafen v. Bismarck die briefliche Mittheilung gemacht worden, daß Hr. v. Bismarck durch erneuertes Unwohlsein zu seinem Bedauern verhindert werde, sich an dem hiesigen Empfange des Königs zu betheiligen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 5. Sept. Die so eben erschienene Kundmachung der Nationalbank beleuchtet das Verhältnis der Bank zur Lage des Geldmarktes und sagt, sie werde ihre Notenreserve, wie sie dies bereits begonnen, noch weiter stärken, jedoch nur, um den Bedürfnissen des Handels und der Industrie zu entsprechen; dagegen fühle sich die Nationalbank nicht berufen, ihre Noten zu vermehren, um eine naturgemäße Klärung des Effektenmarktes künstlich aufzuhalten. Uebrigens beabsichtige die Bank vorerst keine weitere Zinsfußerhöhung im Escomptegeschäfte. — Das „Tagblatt“ enthält ein Telegramm aus Bukarest, welches meldet, daß der Fürst von Rumänien sich nach Wien begeben werde. — Ein Privattelegramm der „Presse“ aus Konstantinopel besagt: Der Großvezier erklärte den Gesandten auf ihre Vorstellungen bezüglich Egyptens, die Pforte beabsichtige nichts weiter, als die strikte Ausführung des Fernans von 1840/41 und Garantie für die zukünftige genaue Beachtung desselben.

Prag, 4. Sept. Die heutige Hufeier ist mehr antieuthisch, als antiklerikal verlaufen. Viele Klaffen und Stände waren anwesend, sowie auch Engländer und Franzosen. Garibaldi las ein Begrüßungsschreiben.

Wesl, 4. Sept. Der Reichstag wird wahrscheinlich erst Mitte Oktober wieder eröffnet werden. Fürst Karageorgiewitsch wurde vom Gerichtshof gegen Kaution freigelassen.

Rumänien.

Bukarest, 29. Aug. (Allg. Z.) Der Minister des Innern scheint die rumänische Judenfrage sehr ernsthaft in die Hand nehmen zu wollen, und richtete deshalb gestern an den Präfekten von Belgrad nachstehende Verordnung, welche das Amtsblatt von heute veröffentlicht. Der Minister spricht in diesem Schreiben niemals von Israeliten, um die Sache nicht zu einer Religionsfrage zu machen, sondern immer nur von Landstreichern. Alle Welt aber weiß, daß Gegalnitschans damit die vielen erwerblosen Juden meint, welche seine jüngste Judenabhängigkeit in der Moldau nachgewiesen hat. Das Schreiben lautet in der Uebersetzung:

Hr. Präfekt! Das Land ist in den letzten Jahren von einer Anzahl Landstreicher überfluthet worden, welche — da sie in den Städten keinen Platz mehr finden — auch schon das flache Land, und besonders die Dörfer der Moldau, als eine wahre Plage heimsuchen. Dieses Uebel, dieses Unglück für unsere rumänische Einwohner nimmt von Tag zu Tag zu. Es ist demnach eine heilige Pflicht der Verwaltung, diesem Uebel entgegenzutreten. Keine

Macht der Welt kann Rumänien zwingen, entlaufenen oder aus den benachbarten Staaten verjagten Landstreichern eine Zufluchtsstätte zu gewähren; es hat somit der Staat das Recht, jene Individuen aus seiner Mitte zu entfernen, welche weder in derselben geboren wurden, noch irgend eine Garantie bieten, daß sie arbeitsame und taugliche Kräfte der Gesellschaft sind. Allein hier stellt sich uns eine Schwierigkeit entgegen. Die benachbarten Staaten weigern sich nämlich in vielen Fällen, ihre verjagten Landstreicher zurückzunehmen. Wir müssen daher ein Mittel finden, diesem Uebel abzuhelfen. Ein solches Mittel wäre, meiner Ansicht nach, die Errichtung von Ackerbau-Kolonien. An den Rumpungen der Donau und an den Gestaden des Schwarzen Meeres besitzen wir einen ansehnlichen Länderkomplex von fruchtbarem Boden, jedoch unbewohnt. Dorthin könnten wir jene große Anzahl von Landstreichern schicken, die uns jetzt Plagen und unsere Bevölkerung demoralisiren. Dort könnten diese Landstreicher durch ihrer Hände Arbeit sich und ihre Familien redlich ernähren; sollten sie sich aber weigern, dem Pflug ihre Nahrung abzugewinnen, so zu arbeiten, wie unsere Rumänen arbeiten; dann können sie natürlich kein Mitscheid mehr beanspruchen, weder hier noch anderswo. Dies, Herr Präfekt, ist natürlich nur meine persönliche Ansicht. Um dieselbe durchzuführen, bedarf es zuerst der Ausrüstung der öffentlichen Meinung; alsdann muß sie der Regierung und schließlich den gesetzgebenden Körpern vorgelegt werden. Um jedoch dieses letztere thun zu können, bedarf ich einiger speciellen delikaten Studien. Ich ersuche Sie deshalb, Hr. Präfekt, sich sofort nach den oben erwähnten Staatsgütern zu begeben und persönlich zwei oder drei Orte auszuwählen, wo man solche Landstreicher-Kolonien errichten könnte. Doch wollen Sie berücksichtigen, daß jede dieser Colonien so ausgedehnt sein muß, um mindestens 500 Individuen aufnehmen zu können. Ihrem Berichte entgegengehend se. Ge. C. g. a. l. i. s. c. a. n. d.

Italien.

* Florenz, 3. Sept. Die „Offizielle Ztg.“ veröffentlicht einen Bericht des Finanzministers an den König über die Emission der Tabaks-Obligationen. Dieser Bericht schließt mit folgenden, ihn zensirenden Worten:

- 1) Die Emission ist gemacht worden zu einem Kurs, der dem der Rente gleich und mit den andern öffentlichen Werthen in Harmonie ist;
- 2) die Ausgabe war niedriger als diejenige, welche eine Emission konsolidirter Schuld verursacht hätte;
- 3) die Regierung hat auf diese Weise eine neue Herabdrückung des Staatskredits vermieden;
- 4) die Regierung ist außerdem zu einer Verminderung des Agio auf das Gold und Silber gelangt; diese Verminderung wird binnen kurzer Zeit die Aufhebung des Zwangskurses der Banknoten zur Folge haben.

Die „Opinione“ widerlegt die Nachricht, welche der Madrider „Imperial“ über die Kandidatur des Herzogs von Genoa für den Thron von Spanien bringt. Sie versichert, daß über diesen Gegenstand durchaus keine Unterhandlung eröffnet worden ist.

Florenz, 4. Septbr. Die Ministerkrise ist beendet; die H. Mordini, Ferrari und die anderen Mitglieder der Kabinetminorität verbleiben wieder im Ministerium, nachdem Menabrea und die andern Mitglieder der Kabinetmajorität auf ihre Absicht, die Kammer aufzulösen, verzichtet haben.

* Rom, 4. Sept. Die „Civiltà Cattolica“ berichtet ihre Erklärung vom 21. August, daß an 300 Bischöfe die Einladung zum Konzil abgeschlagen hätten, dahin, daß die Zahl der Bischöfe, die abgelehnt hätten, bis jetzt 50 betrage.

Frankreich.

Strasburg, 5. Sept. Die beiden Mörder, welche im vorigen Monat zu Antogast (im badischen Schwarzwalde) den unglücklichen Hrn. C. Mathis aus Freiburg beim Spaziergang meuchlerisch ums Leben brachten, sind seit gestern in Strasburg in Haft und man hat die geraubte Uhr sammt Geld und dem Portemonnaie bei ihnen vorgefunden. Die beiden Mörder sind Schuhmacher, welche zu Strasburg in Arbeit standen; der eine ist aus Württemberg, der andere aus Rheinbayern gebürtig. Nach einem sogleich abgelegten Geständniß war der Sachverhalt folgender: Die beiden Verbrecher hatten kein Geld und faßten den Entschluß, um sich solches auf leichte Weise zu verschaffen, sich nach einem der vielbesuchten Schwarzwaldbäber zu begeben; um dort die erste Person, welche ihnen begegnete und dem Anscheine nach wohlhabend sein konnte, zu ermorden und dann ihrer Werthschaften und des Geldes zu berauben. Zu diesem Zweck bezogen sie sich von Strasburg nach Rehl und kauften dort in einem Eisenladen eine gewöhnliche Pistole und Schrot. Hiermit versehen gingen sie nach Antogast, dem einsam in schönen Waldungen gelegenen Bade, und lauerten dort im Walde auf ein unglückliches Opfer ihrer Raubsucht. Zuerst ging eine wohlgekleidete Dame an dem Berstecke der Mörder vorüber, welcher nach kurzer Zeit ein Geistlicher im Spazierengehen folgte. Von beiden glaubten die Mörder nicht genug Beute zu erhaschen und warteten auf ein anderes Opfer. Der unglückliche Hr. Mathis aus Freiburg, welcher nimmere des Weges kam, schien ihnen zur Erreichung ihrer Zwecke geeignet. Sie ließen ihn 10 Schritte an sich vorüber gehen, worauf sie ihm folgend, auf 2 Schritte an ihn herankamen. Hr. Mathis drehte sich um, um zu sehen, wer nachfolgte, und in demselben

Augenblick schoß der eine der Mörder (der Württemberger) ihm die volle Pistolenladung ins Gesicht und sein Genosse gab ihm noch nach dem Tode 7 Messerstiche. Hiernach ist es erklärlich, daß aus den Stichwunden kein Blut geflossen war, wie es bei der Todenschau am zwölften Tage bei Auffindung der Leiche den Anschein hatte, weil nämlich Hr. Mathis augenblicklich nach dem Schusse eine Leiche war. Nach der That eilten die Mörder mit dem Gelde, der goldenen Uhr und Kette nach Straßburg zurück. Der eine der Uebelthäter fing kürzlich Streit mit seiner Geliebten an, weil sie ihn nicht begleiten wollte; es kam zu Thätlichkeiten, so daß die Polizei eine Verhaftung des Missethätigen vornahm. Da fand sich bei der Untersuchung der Kleidungsstücke im Gefängniß eine goldene Uhr und Kette, welche im Innern des Deckels die Nummer trug, die dem französischen Staatsprokurator von Kehl aus näher bezeichnet war; beim ersten Verhör gestand der zuerst verhaftete Mörder aus Württemberg Alles ein. Gestern erfolgte die Verhaftung des zweiten Mörders in Straßburg.

Paris, 4. Sept. Der Kaiser bleibt jetzt beinahe den ganzen Tag auf. Gestern ging er trotz der Frische der Temperatur länger als gewöhnlich in der Kaspianallee in Begleitung des Generals Montebello, der diese Woche den Adjutanten-dienst bei ihm versieht, spazieren. Abends vor dem Diner empfing er den Prinzen Napoleon. Derselbe verblieb ungefähr 20 Minuten im Gespräch mit dem Kaiser und kehrte um 6 Uhr nach Paris zurück. Während des ganzen Morgens hatte Sr. Majestät mit Hrn. Pietri gearbeitet. Morgen findet in St. Cloud Ministerrath statt.

Es scheint sicher, daß der Ministerrath erst nach Vorlegung des Senatskonsults die Frage der Einberufung der Kammer entscheiden wird. Die Majorität der Minister soll der Ansicht sein, den Zusammentritt des Gesetzgeb. Körpers möglichst zu beschleunigen, um die Prüfung der Wahlvollmachten zu beendigen.

Die „Patrie“ behauptet, positiv zu wissen, daß der General Le Boen, nicht beabsichtigt, sich selbst einen Nachfolger für das Kommando des 6. Armeekorps in Toulouse zu geben. Man behauptet, das hohe Amt werde vakant bleiben bis zu dem Tage, wo der Gesetzgeb. Körper, den man für wenig günstig gestimmt bezüglich des ersten Kommando's hält, seine Meinung ausgesprochen hat.

Der russische Kanzler Fürst Gortschakoff wird in den ersten Tagen nächster Woche in Paris erwartet. — Die Prinzessin Clotilde ist seit gestern von ihrer Exilwohnung von der Küste der Normandie nach ihrer Sommerresidenz Meudon zurückgekehrt. — Rente 71.35, Cred. mob. 218.75, ital. Anl. 54.

Paris, 4. Septbr. Senat. Das Amendement Bonjean wurde mit 113 gegen 9 Stimmen, verworfen, ebenso die Amendements Sartiges und Brenier. Die Artikel 5 und 6 des Senatskonsults wurden hierauf angenommen. Fortsetzung der Verhandlungen Montag.

Paris, 4. Sept. Senatsitzung vom 3. Sept.

Der Senat war gestern bei Art. 5 stehen geblieben. Zwei Amendements sind in Bezug auf denselben gestellt worden, das eine von Hrn. Bonjean, das andere von Hrn. v. Sartiges. Das Amendement des Hrn. Bonjean, welches zuerst zur Berathung gelangt, lautet: Art. 1. Die legislative Gewalt wird vom Kaiser, vom Senat und vom Gesetzgeb. Körper gemeinschaftlich ausgeübt. Die Initiative der Gesetze gehört dem Kaiser, dem Senate und dem Gesetzgeb. Körper. Im Falle von Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Versammlungen in Bezug auf einen Gesetzesentwurf wird der streitige Punkt einer Kommission zur Prüfung überwiesen, welche aus 15 Senatoren und 15 Abgeordneten besteht, die sämmtlich von ihrer beider Versammlung gewählt werden. Auf den Bericht ihrer Kommissäre berathen der Senat und der Gesetzgeb. Körper auf's neue. Der Gesetzesentwurf, der nach diesem Vergleichsversuche die Majorität der beiden Kammern nicht erlangt, kann höchstens nur in der nächsten Session wieder vorgelegt werden. — Art. 2. Die Aenderungen an der Verfassung, welche kein Plebiszit erheischen, werden in derselben Weise wie die Gesetze in Vorschlag gebracht und votirt, jedoch mit folgenden Einschränkungen: 1) Kein auf eine Verfassungsänderung abzielender Antrag kann in Berathung gezogen werden, wenn er nicht von 10 Mitgliedern unterzeichnet ist und wenn die Majorität der Bureau's dazu nicht ihre Ermächtigung gegeben hat; 2) von welchem gesetzgebenden Faktor der Antrag ausgeht, welche die Abstimmung darüber wird in beiden Versammlungen erst nach dreimaliger Lesung eine endgültige, und diese Lesungen müssen mit einem Zwischenraum von je einem Monat getrennt sein.

Der Generalprokurator Hr. Delangle befragt zu diesem Amendement die Vorfrage, damit dessen Urheber es nicht auf der Rednerbühne entwickeln könne. Die Verfassung, sagt der Redner, darf nicht diskutiert werden, ohne daß nach bestimmten Regeln verfahren wird, die für Einführung von Aenderungen festgestellt sein müssen. Das Amendement weist diese strikten Formen bei Seite, außerhalb deren jede Diskussion der Verfassung untersagt ist. Was Hr. Bonjean vorschlägt, ist übrigens gar kein Amendement, sondern ein wirkliches Gegenprojekt, mit Hilfe dessen er dem Senat die Initiative der Gesetze verleiht und die konstituierende Gewalt unter den Gesetzgeb. Körper und den Senat vertheilt. Da das Amendement nicht auf dem regelmäßigen Weg vor den Senat gebracht worden ist, so ist dasselbe nichts als ein unqualifizirbarer Angriff auf die Verfassung. Wenn die von Hrn. Bonjean vorgeschlagene Regierung gut ist, warum präsentiert er sie nicht auf dem regelmäßigen Wege? Die Verfassung, sagt Hr. Delangle zum Schluß, muß respektirt werden; sie muß gegen die direkten oder indirekten Angriffe geschützt sein, welche sie untergraben und die Gerechtigkeit schwächen. Der Kaiser hat dem parlamentarischen Leben Zugeständnisse gemacht, der Senat schließt sich diesem Plane an und ich denke mit dem Souverän, daß, wie groß auch die Wohlthaten gewesen sind, die man dem autoritären Regime zu danken hat, die Zeit gekommen ist, der Freiheit ihren Antheil einzuräumen. Auf diesen Augenblick hat der Kaiser gewartet und ihn ergriffen, als das Land von neuem liberale Strebungen kundgab. Der Senat wird dem Kaiser auf dieser neuen Bahn folgen, allein er darf nicht dulden, daß man ihn durch eine Ueberrückung aus den von der Verfassung vorgezeichneten Grenzen hinausdränge. Diese Verfassung ist unser Sammelplatz, das erste unserer Gesetze, unsere Religion. Es darf nicht erlaubt sein, das Vertrauen zu erschüttern, welches die guten Bürger in sie setzen.

Hr. Bonjean bemüht sich, durch Citirung verschiedener Stellen der Verfassung darzutun, daß sein Amendement nicht den Charakter hat, den Hr. Delangle ihm zuschreibt, und schließt, indem er erklärt, daß er es dem nunmehr aufgeklärten Senat überläßt, über die Vorfrage zu entscheiden.

Hr. v. Lagueronniere hält dafür, daß es sich hier um eine wichtige Frage handelt, da sie zu gleicher Zeit ein Recht des Senats und die Diskussionsfreiheit interessiert. Man muß zur Vorfrage nur in äußersten Fällen seine Zustimmung nehmen, wenn Meinungen vorliegen, die der Rednerbühne nicht würdig sind. Hier existirt nichts dergleichen und der Senat muß die Diskussion des Amendements gestatten. Der Redner erklärt, die Diskussion mit um mehr Recht beantragen zu können, als er selbst das Amendement zurückweisen wird. Nachdem er die Frage vom konstitutionellen und legalen Gesichtspunkt aus beleuchtet, betritt er den Boden der politischen Rücksichten und schließt folgendermaßen: Mehr als je ist es notwendig, daß der Senat eine große politische Macht werde, aber zu diesem Ende muß seine konstituierende Gewalt konsolidirt werden; es muß uns erlaubt sein, unser Recht in seiner ganzen Ausdehnung zu üben, denn dies ist das einzige Mittel, unsere Pflicht ganz zu erfüllen. (Zustimmende Bewegung.) Der Senat darf sich von der öffentlichen Meinung nicht isoliren; um gehört zu werden, muß er zunächst selbst auf das Rücklicht nehmen, was um ihn her gescheht wird. Die konstitutionellen Rechtsfragen sind überall an der Tagesordnung, und man hat sie ebenfalls im Gesetzgeb. Körper erörtert. Hat die Regierung diesen Diskussionen die Vorfrage entgegengestellt? Nein, denn man setzt dieselbe dem nicht entgegen, was zugleich der Wunsch des Landes und das Interesse der Regierung ist. Dieselben Fragen sind mit Unrecht, das gebe ich zu, in mehreren Generalrathen in Anregung gebracht worden. Hat der Hr. Minister des Innern diese indirekten Erörterungen unterdrückt? Endlich werden täglich in der Presse Verfassungsgegenstände besprochen; hat man, um sie zum Schweigen zu bringen, zur Waffe des Senatskonsults von 1866 gegriffen? Wenn solche Fragen überall zur Verhandlung gelangen, können sie hier nicht unterdrückt werden. Der Senat darf die Ausübung seines eigenen Rechts nicht einengen. Ich weise die Vorfrage als unzulässig vom konstitutionellen Standpunkt und als nicht zu rechtfertigend vom politischen Standpunkt zurück. (Beifall der Zustimmung.)

Hr. Delangle beharrt bei seinem Verlangen. Das Gesetz ist formell, sagt er, welchen Grund man geltend machen mag, um es zu umgehen. Man stellt die Behauptung auf, daß die Vorfrage zu spät komme. Dies ist ein Irrthum; sie tritt sehr zeitgemäß und nützlich dann ein, wenn ein Amendement zur Diskussion vorgelegt wird, und jeder hat das Recht zu verlangen, daß die Bestimmungen befolgt werden, welche die Diskussionen des Senats regeln. Wenn man anders handelt, verläßt man offenbar den Boden der Verfassung.

Hr. Leyerier tritt der Ansicht des Hrn. Delangle entgegen. Er bemerkt, daß, wenn einerseits das Amendement des Hrn. Bonjean nicht diskutiert werden soll, andererseits der erlauchte Urheber der Verfassung in der Einleitung zu derselben ausgesprochen hat, daß sie der Vervollkommnung fähig sei. Unter den jetzigen Umständen übrigens, wenn die Regierung selbst Modifikationen zur Verfassung vorschlägt, ist nicht zu begreifen, welche Hindernisse sich der Debatte über das Amendement Bonjean entgegenstellen sollen. (Zur Abstimmung, zur Abstimmung!) Der Redner hält es für nützlich, zu prüfen, ob es zweckmäßig ist, aus der konstituierenden Gewalt das ausschließliche Privilegium des Senats zu machen. (Stürmische Unterbrechung.)

Mehrere Stimmen: Sie diskutieren die Sache selbst! Der Schluß der Debatte ist ausgesprochen. Die Vorfrage wird mit 75 gegen 43 Stimmen abgelehnt. Hr. Bonjean entwickelt sein Amendement. Die Fortsetzung der Diskussion wird auf heute verlegt.

Spanien.

Madrid, 4. Sept. Am 10. d. M. werden 4000 Mann bereit sein, um nach Cuba abzugehen, und einige Tage später werden andere 6000 abgehen. Die Ergänzungswahlen werden am 25. d. M. stattfinden.

Belgien.

Brüssel, 4. Sept. (Sch. M.) Mehrere Festlichkeiten werden in diesem Monat einen gewaltigen Zug von Fremden veranlassen; zunächst das am 18. und den folgenden Tagen in Lüttich und Spa stattfindende Preisschießen, wozu bereits Hunderte von Schützen sowohl aus England, als aus Frankreich und Deutschland angemeldet sind, sodann die üblichen September-Feste in Brüssel (23.—27. Sept.), welche diesmal einen glänzenden Ball in dem neuen Südbahnhofe und eine Truppenparade von 30,000 Mann darbieten, und denen sich an den drei folgenden Tagen das seit Monaten im ganzen Lande vorbereitete große Musikfest anreihen wird. Der König wird schon zu den Lütticher Festen von seinem Aufenthalt in der Schweiz zurück erwartet.

Dänemark.

Aus Kopenhagen wird gemeldet: Der archäologische Kongreß ist am 3. d. Nachmittags geschlossen worden. Prof. Karl Vogt dankte Namens der Gäste für den herzlichen Empfang. Der nächste Kongreß soll 1870 in Bologna stattfinden.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 31. Aug. Bekanntlich sind die verschiedenen russischen Eisenbahnen in ihren Tariffagen für den Personen- wie Waarentransport wenig mit einander übereinstimmend. Aus diesen zum Theil sehr bedeutenden Abweichungen erwachsen dem Verkehr mannigfache Unzuträglichkeiten. Deshalb ist von vielen Seiten schon längst auf die Nothwendigkeit einer Abhilfe hingewiesen worden. Diese scheint nunmehr eintreten zu sollen. Am 19. Aug. versammelten sich hier in Petersburg Deputirte aller russischen Eisenbahngesellschaften, um die Frage wegen Herstellung möglichst gleichmäßiger Tarife zu berathen. Diese Beratungen haben am 28. Aug. ihr Ende erreicht. Dem Bernehmen nach ist durch dieselben im Prinzip eine allseitige Verständigung herbeigeführt worden. Die Bahngesellschaften wollen sich in Betreff ihrer Tarife ausgleichen. Zur Erledigung einer Reihe noch vorbehaltenen Einzelpunkte werden Abgeordnete dieser Gesellschaften gegen Ende des Monats September wieder zusammentreten, und zwar in Moskau. — Der Mi-

nister des Innern, Generaladjutant Timaschew, hat dem Reichsrathe den Entwurf einer neuen Städteordnung vorgelegt. Nach den Aufstellungen dieses Entwurfs soll die Vertretung und die Verwaltung aller Städte des Reiches gleichmäßig geregelt werden. Der jetzt in Rußland bestehenden städtischen Kommunal-Einrichtungen fehlt es an der festen Grundlage übereinstimmender gesetzlicher Normen. — Das Finanzministerium erhält nunmehr in der Presse sein eigenes Organ. Die erste Nummer desselben soll schon binnen kurzem erscheinen. In diesem Organ werden alle vom genannten Ministerium ressortirenden Verwaltungsangelegenheiten und Einrichtungen Berücksichtigung finden. Namentlich handelt es sich dabei um Mittheilungen und um Erörterungen über die Staatsfinanzen, das Kreditwesen, den Handelsverkehr, die Industrie, das Gewerbe, das Bergwesen, die Steuern und Zölle, die Sparkassen &c. Bei den weitverbreiteten Interessen, welche durch alle diese Angelegenheiten berührt werden, dürfte das neue Blatt im Publikum viel Aufmerksamkeit erregen.

St. Petersburg, 31. Aug. Ein Ukas vom 20. Juli bündelt eine Herabsetzung der Dienstzeit für diejenigen, welche sich zur Einstellung ins Heer vor Vollendung des zwanzigsten Lebensjahres freiwillig melden. Diese sollen nicht sieben, sondern nur fünf Jahre zu dienen nöthig haben, und können durch gute Aufführung die Zeit noch um ein Jahr verkürzen. Mit der abgekürzten Dienstzeit wird auch das Heirathen der Soldaten — das man bisher nicht nur erleichterte, sondern geradezu provozierte, um dem Soldaten das Heer zur Heimath zu machen — beschränkt werden und dadurch der Militärverwaltung eine große Ersparniß erwachsen.

In Veranlassung einer Mittheilung des livländischen Kontrolhofs, daß einige Behörden des livländischen Gouvernements, welche ihren Schriftwechsel in deutscher Sprache führen, sich weigern, von dem Kontrolhof in russischer Sprache abgefaßte Schriften entgegenzunehmen, wird von der livländischen Gouvernements-Verwaltung allen Unterbehörden des livländischen Gouvernements, welche ihre Korrespondenz in deutscher Sprache führen, eingeschärft, unweigerlich von dem livländischen Kontrolhof die in russischer Sprache geschriebenen Papiere entgegen zu nehmen.

Türkei.

Konstantinopel, 3. Sept. Unter den Forderungen, welche in dem Schreiben des Großveziers an den Vizekönig von Egypten gestellt werden, befindet sich auch diejenige, daß der Vizekönig keine weiteren Anleihen in Europa ohne die Genehmigung des Sultans aufnehmen dürfe. Man erfährt, die Beilegung des Streites sei hauptsächlich den Bemühungen Frankreichs, Englands und Oesterreichs zu verdanken. Baron v. Prokesch blieb den ersten Vorstellungen Boure's und Elliot's fern, unterstützte sie aber in Folge neuer Instruktionen, welcher, nachdem eine Verständigung zwischen den Höfen von Wien und Paris stattgefunden, erhalten hatte. Auch ein Privattelegramm der „Presse“ meldet, daß die Botschafter Oesterreichs, Frankreichs und Englands gemeinsam und in besonderem Auftrage dem Großvezier eindringliche Vorstellungen bezüglich der Nothwendigkeit der Aufrechterhaltung des ägyptischen Fermanns von 1840/41 gemacht haben sollen.

Konstantinopel, 4. Sept. Der Vizekönig hat telegraphisch seine Zustimmung zu dem im zweiten Briefe des Großveziers enthaltenen Bedingungen gegeben, und es wird der Erstere Montag hier erwartet, da der französische Botschafter das Kommen des Vizekönigs auf telegraphischem Weg dringend forderte.

Großbritannien.

London, 4. Sept. Die Inhaber der Polizen der „Alberts-Gesellschaft“ haben nach mehreren Meetings den Rekonstruktionsplan der Liquidatoren gestern verworfen und ein Komitee zur Entwerfung eines neuen gemeinsamen Planes gewählt.

Amerika.

Neu-York, 4. Sept. (Kabeltelegramm.) Das Steigen des Goldes verdankt seinen Grund dem Gerücht, daß Gold von den Hauffiers unbedingt zurückverlangt wird. Den Banken ist die Weisung zugegangen, einen außerordentlichen Rechnungsschluß zu machen.

Bermischte Nachrichten.

— Kissingen, 3. Sept. Das Denkmal für die am 10. Juli 1866 hier gefallenen preussischen und bayerischen Krieger, eine trauernde Germania aus weißem Marmor, von dem hiesigen Bildhauer Arnold gefertigt, ist seit einigen Tagen an der Straße nach Nüdlingen, unmittelbar an dem Kirchhof und über dem Grab, wo mehr als hundert Tapsere ruhen, aufgestellt. Die Feier der Entfaltung und Einweihung des Denkmals ist nunmehr offiziell auf den 8. September festgesetzt.

— Mainz, 4. Sept. Im weiteren Verlauf der gestrigen Sitzung des volkswirtschaftl. Kongresses wurde die von Emminghaus eingebrachte Resolution mit 30 gegen 27 Stimmen verworfen. Der Kongreß genehmigte dagegen die folgende Fassung: Im Hinblick auf die beabsichtigte preussische Eisenbahn-Anleihe erklärt der Kongreß, daß die Zulassung ausländischer Prämien- und Lotterie-Anleihen dringend einer Regulirung durch die deutsche Gesetzgebung bedarf, welche vor Allem die Möglichkeit einzelner Unternehmungen ausschließen müsse.

In der heutigen Sitzung des volkswirtschaftl. Kongresses referirte Braun über die Gastbarkeit industrieller Unternehmer für die durch den Betrieb herbeigeführten Unfälle und beantragte eine Reform der gegenwärtigen deutschen Gesetzgebung auf diesem Gebiete.

— Elberfeld, 4. Sept. In der heutigen außerord. Generalversammlung der Aktionäre der Bergisch-Märkischen Eisenbahn-Gesellschaft wurde der Bau einer Zweigbahn von Fimmetrop nach Olpe und Rothemühle beschlossen. Dagegen war eine hinreichende Summe des Aktienkapitals nicht vertreten, um über die nach Bekanntmachung vom 31. Juli d. J. beantragten weiteren Bahnprojekte beschließen zu können.

— St. Petersburg, 4. Sept. Die Reichsbank und deren

filiale zu Moskau, Odessa, Riga und Wilna haben ihren Diskont auf 5 Proz. und ihren Zinsfuß für dreimonatlichen Lombard auf 6 Proz. erhöht.

Badische Chronik.

m Ueber sekundäre Bahnen.

(Fortsetzung.)

Wenn es für Landwirtschaft, Industrie, Handel und für das moderne Staatsleben überhaupt dringend wünschenswert ist, auch die weniger ertragsfähigen Eisenbahnlinien zu bauen, so kann es doch weder für den Staat noch für Gesellschaften wirtschaftlich richtig sein, auf den bisherigen Wegen auf diese Aufgabe zu gehen. Es muß vielmehr ein entschieden anderes System von Eisenbahnen gewählt werden, durch welches es gelingt: a) beim Bau die Anlagekosten wesentlich zu vermindern, b) beim Betrieb die Nettoeinnahme zu erhöhen.

Vergleichen Mittel sind möglich, weil die sekundären Bahnen nur dem Lokalverkehr dienen, daher gewöhnlich nicht über 4 Meilen pro Stunde Fahrgeschwindigkeit zu besitzen brauchen, und in dieser letzteren vielfach noch weiter beschränkt werden können. Wesentlich die Geschwindigkeit ist es aber, welche die kostspieligen Einrichtungen des Eisenbahnwesens bedingt, nämlich bei der Anlage große Bogenhalbmesser, schweren Oberbau, solideste Fahrzeuge, kostspielige Sicherungsvorrichtungen, beim Betrieb das komplizierte Signalwesen und zahlreiche Personal. Für einen Lokalpersonenverkehr ist aber große Geschwindigkeit von geringerer Wichtigkeit als für durchgehenden Weltverkehr, und dem Güterverkehr kommt dieselbe überhaupt kaum zu Nutzen wegen der Verzögerung der Güterzüge auf den Stationen. Deshalb wird vorgeschlagen, auf Nebenbahnen mit vorwiegend schwerem Massentransport (in Bergwerksdistrikten u. dgl.) die Geschwindigkeit sogar auf diejenige des schnellsten Pferdefuhrwerks, 40 Minuten pro Meile, zu beschränken, wo von Gefahren nicht in höherem Maße als beim gewöhnlichen Straßenverkehr die Rede sein kann (Klasse B).

Im Allgemeinen wird bei sekundären Bahnen eine größere Zahl verhältnismäßig leichter Züge passend sein, als nach den bisherigen Anschauungen zur Bewältigung eines gegebenen Verkehrs eingerichtet werden würden; denn hieraus folgt eine geringere Zugkraft und ein geringeres Gewicht der Lokomotiven. Von dem letzteren aber hängen die Konstruktion des Oberbaues, Schwere der Schienen, Dimensionen der Brückenträger, kurzum Gegenstände ab, welche einen Hauptbestandteil der Kostenberechnung ausmachen pflegen. Es muß empfohlen werden, daß bei sekundären Bahnen, welche ohne Veränderung der Spurweite an Hauptbahnen anschließen, der Raddruck einer Lokomotive auf die Schienen nicht größer ausfällt als derjenige eines beladenen Güterwagens, d. h. höchstens 100 Zentner pro Rad. (Auf Hauptbahnen muß vorchriftsmäßig der Druck von 130 Ztr. zulässig sein.) Somit würden die Güterwagen, deren Konstruktion und Gewicht durch den jetzigen Zustand des Eisenbahnwesens gegeben sind, die Stärke des Oberbaues sekundärer Bahnen bedingen.

In welchem Maße das Gewicht des Fahrmaterials herabgemindert werden kann, hängt aber auch von der Hauptfrage ab, ob die Wagen der Hauptbahn auf die Nebenbahn übergehen sollen, oder nicht? Bei Bejahung dieser Frage lassen sich zwar schon, wie oben erörtert, bemerkenswerte Ersparnisse, den Hauptbahnen gegenüber, erzielen; beim Wegfall obiger Bedingung aber lassen sich die Bauten noch erheblich billiger herstellen.

Man kommt damit auf ein anderes und zwar engeres Spurmaß, als das normale der meisten Eisenbahnen von 1436 Met. Es wird indes empfohlen, nur zwei andere Dimensionen, nach Metermaß abgerundet, einzuführen, nämlich 1.0 oder 0.75 Met. Bei Annahme derartiger Ueinstimmungen der Spurweite können die Betriebsmittel wohlfeil erbaut und benachbarte Bahnen leicht zusammengeschlossen werden.

Obige Hauptfrage läßt sich nun natürlich nicht im Allgemeinen, sondern nur in speziellen Fällen entscheidend beantworten. Als wichtigste Vortheile engspuriger Bahnen erscheinen etwa: Weniger Terrainbedarf, Benutzung des Planums von Straßen, schärfere Kurven, daher weniger Erdarbeiten, einfachere Anlage von Brücken und Bahnhöfen. Als besondere Nachtheile enger Spur müssen dagegen in Betracht gezogen werden: geringerer Nutzeffekt kleiner Lokomotiven, beschränkte Benutzbarkeit der Güterwagen, welche nicht mehr zu Zeiten starken Bedarfs von der anstoßenden Hauptbahn entnommen werden können, Umladen aller Güter auf der Anschlußstation.

Der zuletzt genannte Punkt besitzt indessen in den Augen des Publikums und auch vieler Techniker gewöhnlich eine viel zu große Bedeutung, weil das Umladen bei geeigneten Vorkehrungen sehr billig geschehen kann, und auch thatsächlich sehr oft, selbst mit vollen Ladungen, auf Trennungsbahnhöfen vorgenommen wird. Solche Vorkehrungen sind eben in Deutschland noch in den ersten Anfängen, während nachgewiesener Maßen in England und Frankreich die Kosten des Umladens etwa 1 Kreuzer per Zentner, bei Kohlen, Erzen u. dgl. selbst nur 0.2 Kreuzer betragen.

Bei der Unterstellung, daß Lokomotiven und Personenwagen überhaupt nicht von einer Hauptbahn auf Nebenbahnen übergehen, wird daher im Allgemeinen die normale Spur für letztere nur am Platze sein, wo Massengüter transportiert werden, deren Umladung theurer als die Wagenmitthe ist, und wo beide Enden der Linie an normalspurige Bahnen anschließen, oder doch ein solcher Anschluß nicht unwahrscheinlich ist. (Fortf. f.)

Aus Baden, 3. Sept. (Höf. Bzg.) Bei der Wahl des Landeslehrer-Ausschusses haben sich 63 Konferenzen mit 1470 Lehrern betheiligt. Gewählt wurden in den Ausschuss: Seminarlehrer Kiefer in Karlsruhe mit 1476 Stimmen, Gewerbelehrer Maier in Konstanz mit

1432 St., Hauptlehrer Lang in Steinbach mit 1418 St., Hauptlehrer Helff in Waldshut mit 1401 St., Hauptlehrer Fuhs in Karlsruhe mit 1396 St., Hauptlehrer Einsheimer in Bühl mit 1383 St., Dyceumslehrer Hejmann in Freiburg mit 1329 St., Dyceumslehrer Feig in Mannheim mit 1283 St., Reallehrer C. Riegel in Ladenburg mit 1277 St., Hauptlehrer Bull in Durlach mit 976 St., Hauptlehrer Hirt in Freiburg mit 942 St. und Hauptlehrer Schneider in Buchen mit 583 St.

Er geht — er geht nach Leipzig, um der Bestimmung des Parteiausschusses gemäß Mitarbeiter am Parteiorgan „Der Volksstaat“ zu werden. Wer? Er mag anders als der Hr. Studiosus Philipp August Rüdiger? Jetzt gnade Euch Gott, Ihr Bourgeois, nun diesem Furchtbaren ein weiteres Feld seiner Thätigkeit eröffnet worden ist; die Erfolge des Hrn. Rüdiger mit der Mannh. Abendz. werden in ein Nichts zusammenzuschumpfen im Vergleich mit denen, wie „Der Volksstaat“ sie mit Hilfe des Hrn. Rüdiger erringen wird. Respekt muß man aber haben vor dem sichern Bild der Herren Bebel, Liebknecht und Genossen. Sicherlich fanden denselben doch Kapazitäten die schwere Menge zu Gebote. Aber sie wählten Rüdiger — das sagt für Diejenigen, die selbigen Herren kennen, Alles.

In der Stadt Pforzheim sind für die Hinterbliebenen der im Pflaun'schen Grunde Verunglückten bis Ende August 2112 fl. gesammelt worden.

Heidelberg. Was die Ausweisung des am 6. und 7. Okt. (nicht 5. und 6., wie neulich durch ein Versehen mitgeteilt wurde) in Berlin abzuhaltenden deutschen Protestantentags aus den Kirchen der norddeutschen Hauptstadt betrifft, so kann heute schon als ausgemachte Sache bezeichnet werden, daß der Oberkirchenrat den Bescheid des Brandenburger Konsistoriums einfach bestätigen wird. Als am 12. Decemb. 1888 der Kultusminister v. Müller im Abgeordnetenhaus heftige Angriffe wegen seiner kirchlich-unduldsamen Amtsführung zu erfahren hatte, warf der zu seiner Verteidigung eintretende Abgeordnete Bied die Frage auf, ob denn unter dem gegenwärtigen Kirchenregimente jemals z. B. die Versammlungen des Protestantentags „irgendwelche Anfechtungen“ erlitten hätten. Dieser von Freunden der betreffenden Richtung selbst gestellte Maßstab dürfte also künftighin schwerlich mehr in Anwendung gebracht werden, um die Freimüthigkeit und Toleranz jener Richtung zu erweisen. Beachtenswert ist auch, daß gleichzeitig der ehemalige badische Oberkirchenrat Mühlhölzer den in Stuttgart versammelt gewesenen Kirchentag zu einem Kreuzzug wider den Protestantentag, den „gemeinsamen Feind“ aufrief, und es offenbar nur dem ratlosen Einschreiten des Präsidenten Dr. Herrmann zu verdanken ist, wenn sich die evangelische Geistlichkeit, soweit sie dort vertreten war, nicht in den Augen des gebildeten Deutschlands herabgesetzt hat.

Heidelberg, 6. Sept. Der seit vorigem Freitag dahier versammelte Kongreß der Augenärzte hat unsere Stadt zum ständigen Orte seiner alljährlichen Zusammenkünfte schon seit seiner Gründung erwählt und hält es für geeignet, jede offizielle Kundgebung zu vermeiden, bezw. abzulehnen. So hat die Versammlung einen ganz privaten Charakter und ist für das Publikum wenig bemerkbar. Um so mehr wird aber dabei gearbeitet, indem selbst am gestrigen Sonntage von 9—12 Uhr und von 1—4 Uhr Sitzungen stattfanden, worauf ein gemeinsames Mahl in der Schloß-Resaurantion folgte, mit welchem der diesjährige Kongreß sein Ende erreichte. Die Zahl der Teilnehmer betrug über 60 und enthielt Berühmtheiten aus allen Theilen Europa's, selbst aus Nordamerika. Der Stifter und ständige Präsident, Herr Geheimrath Graf aus Berlin, war leider durch Krankheit am Erscheinen verhindert.

Die Nachricht über das Testament des verstorbenen hiesigen Arztes Dr. Klein Schmidt bestätigt sich dahin, daß unsere Stadt Urmutter der Erblasserin ist, die Schwägerin des Erblassers aber die lebenslängliche Nupstung haben, und daß das Erbe zur Verschönerung unserer Stadt bestimmt ist, wobei über die Art der Verwendung und über die Vollzugsmaßregeln nur die Festsetzung besteht, daß dabei kein Universitäts-Profeßor mitwirken darf. Der Betrag der Erbschaft wird auf 80 bis 100,000 Gulden geschätzt.

Baden-Baden, 5. Sept. Der gestrige dritte Renntag war vom Wetter wieder ausnehmend begünstigt und vom Publikum in Folge dessen wiederum sehr zahlreich besucht. Außer den schon früher genannten hohen Gästen beehrte auch der jetzt in Baden anwesende König der Belgier den Rennplatz mit seiner Gegenwart. S. Kgl. Hoh. der Großherzog hatte als Ehrenpreis für den Gewinner des Großen Preises von Baden einen großen prachtvollen Blumenkorb in Silber gesandt, der mit dem großh. Wappen geziert und in reichem Renaissancestil gearbeitet ist.

Das erste Rennen des dritten Tages war der zweite Lauf des Preises vom Rhein (10,000 Fr.). Die Entfernung betrug diesmal über das Doppelte, 4000 Meter, d. h. zweimal die Bahn. Nur 4 Pferde betheiligten sich am Rennen. Herzog von Fitz-James „Realité“, welche auch am zweiten Renntag den ersten Lauf gewonnen hatte, wurde wiederum Siegerin; Hr. Jennings' „Franc Lyon“ zweites, Hr. Maurice W. „Cambrome“ drittes Pferd; Herzog von Hamilton's „Turco“, anfänglich erstes, wurde letztes Pferd. Die „Realité“, die am letzten Renntag in zwei Läufen Siegerin war, füllte den dritten Lauf des Preises vom Rhein aus.

Zweites Rennen: Preis von Karlsruhe (3000 Fr.) für 2- und 3jährige Pferde, mit einer Entfernung von 1500 Meter. 6 Pferde liefen. Hr. Delamarre's „Clotho“ wurde leicht erstes Pferd, Hr. Aumont's „Miß Hermine“ zweites. Ein drittes wurde „nicht placirt“, da der Jockey von „Sornette“, welche als drittes zum Ziel kam, sich einen Verstoß gegen das Reglement hatte zu Schulden kommen lassen. Die Rennregeln sind sehr streng und werden eben so streng gehandhabt.

Drittes Rennen: Preis von Lichtenhöl (2500 Fr., Entfernung 2200 Meter). 4 Pferde liefen. Ein deutsches Pferd, des Fürsten Liechtenstein's „Manfred“ führte Anfangs das Rennen, wurde aber am Ziel letztes Pferd. Im Flachrennen können die deutschen Pferde mit den französischen nicht konkurrieren, weil sie nicht ausdauernd genug sind; in den Steeple-Chases dagegen sind die deutschen Pferde gegenwärtig fast die besten. Hr. De la Charne's „Mlle. de St. Jony“ wurde erstes, des Grafen Lagrange's „Nelson“ zweites und desselben „Reva“ drittes Pferd.

Viertes Rennen: Großer Preis von Baden (Ehrenpreis Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs und 20,000 Fr., Entfernung 3200 Meter, mit starker Gewichtsbelastung). 6 Pferde liefen. Graf Lagrange hat in diesem Jahre auf der Pfingstmeile Bahn kein Glück. Er war so oft schon Gewinner des großen Preises; diesmal wurde sein „Mortemer“ nur zweites Pferd, Hr. Delatre's „Ger-

bagne“ erstes, Hr. Aumont's „Mlle. de Fligny“ drittes. Ueber dieses unerwartete Resultat herrschte auf der Jockey-Club-Tribüne große Aufregung. Es ist mit diesem Rennen viel Geld verwettet worden.

Fünftes Rennen: Irthumspreis (Handicap, 5000 Fr., für Pferde jeden Alters, mit der kurzen Distanz von 800 Meter). Ein Pferd des Hrn. Bower war bei der Anmeldung irrtümlicherweise nicht ganz richtig genannt worden. Sofort wurde es von den Rennkommissären von allen Rennen auf dem diesjährigen Pfingstmeile Programm ausgeschlossen. Damit aber dieses Pferd nun dennoch zum Pflöcken kommen konnte, listeten Herzog von Hamilton und Hr. E. Bower einen neuen Preis von 5000 Fr., der nicht auf dem Programm stand, und nannten ihn den „Irthumspreis“. Nicht weniger als 15 Pferde bewarben sich darum; zwei Pferde des Hrn. Bower, „Benevolence“ und „Vibration“ wurden erstes und zweites Pferd; Hr. de la Charne's „Mlle. de St. Jony“ drittes. Merkwürdigerweise ging das Pferd, für welches der „Irthumspreis“ gestiftet worden war, Hr. Bower's „Bretteville-er-Bion-dor“ beim Zeichen des Starters nicht mit ab und betheiligte sich daher nicht am Rennen.

Sechstes Rennen: „Preis von der Murg“ (3000 Fr., ein Herzentheil mit 2400 Meter Entfernung). 5 Pferde liefen. Hr. Bower's „Fridan“, geritten von Hr. Thomas, wurde leicht erstes, Graf Lagrange's „Curieuse“, geritten von Hr. Flerheim, zweites, Hr. Maurice's „W. Slow-Train“, geritten von Hr. Crawham, drittes; Hr. Delatre's „Bogue-Homa“, anfänglich erstes, wurde letztes Pferd.

Die Rennen dauerten diesmal von 2 bis 6 Uhr Nachmittags. Erst gegen 7 Uhr kam die unübersehbare Wagenreife in Baden wieder an.

Vom Oberrhein, 5. Sept. Die bis jetzt vorgenommenen Abgeordnetenwahlen, neuzehn an der Zahl, haben den Austruf, welchen Dr. Biffing am 17. Mai auf der ultramontanen Versammlung zu Freiburg wiederholt gethan: „Wir haben die Massen hinter uns“, in schlagendster Weise Lügen gestraft. Nicht nur, daß unter den neunzehn Wahlen vierzehn, d. h. 74 Prozent, deutsch-freimüthig, und nur fünf, d. h. 26 Prozent, ultramontan ausgefallen sind; auch die Stimmenzahl bei den einzelnen Wahlen zeigt sich den Ultramontanen entschieden ungünstig. Während drei liberale Abgeordnete (Bopp, Seiz, Frank) einstimmig, andere (Raf 91 Prozent, Blum 98 Prozent, Lichtenberger 89 Prozent, Jolly 95 Prozent, Friedrich 92 Prozent) mit an Stimmeneinheitlichkeit grenzender Mehrheit gewählt wurden, lief es in den Bezirken, wo die Schwarzen einen Sieg erfochten, niemals ohne heftigen Wahlkampf ab, und konnten es diejenigen Bewerber der sog. kathol. Volkspartei, welche den höchsten Prozentsatz von Stimmen erhielten (v. Sulz und Baumhart — Freiburg —) nicht auf mehr denn 60 Prozent bringen; Kshirt, Lender und Baumhart (Säckingen) wurden nur mit 54, bezw. 52 und 51 Prozent Stimmen gewählt, während derjenige liberale Abgeordnete, der verhältnismäßig am wenigsten Stimmen zählt (Weber in Bruchsal), dennoch 55 Prozent Stimmen auf sich vereinigte, Schuster mit 62 Prozent, Hoff mit 82 Prozent und Grimm mit 62 Prozent, aus der Urne hervorgingen. Nimmt man die Stimmen aller Wahlen nach Parteigruppen zusammen, so zeigt sich, daß in den neunzehn Wahlen über 700 Wahlmänner für die national-liberalen Bewerber stimmten, daß dagegen die vereinigten Ultramontan-Demokraten es nur auf 312 Stimmen brachten. Solchen Differenzen gegenüber sind Aeußerungen, wie die der „Frankfurter Zeitung“, welche neulich über die Freiburger Wahlen (Schuster mit 62 Prozent, Raf mit 91 Prozent) die kostbare Redensart gebrauchte: „sie müssen ja nicht glauben, daß diese Wahlen den Ausdruck der Bevölkerung repräsentieren“, eben bloße Redensarten, hinter denen Grimm, Scham und Enttäuschung (?) verborgen werden sollen. Die fast einstimmige Wahl des Hrn. Ministers Jolly im Pflaunland, dem Siege der wohlhabendsten Bauernbevölkerung des ganzen Großherzogthums, ist eine sprechende Antwort auf die ultramontane Behauptung von den „zu großen Anforderungen an den Geldbeutel des Volkes von Seiten der jetzigen Machthaber“ (vergl. Biffing's Rede in Freiburg), und liefert zugleich ein argumentum e. c. für den Erfahrungssatz, daß Diejenigen am meisten über Steuerbelastung schimpfen, welche keine Steuern bezahlen.

Pfaffenweiler, 3. Sept. (Preisg. Bzg.) Mechanikus Scherle hat heute einen einzeln stehenden Rehfleß abgeherrbet und 20 Maß Rogg aus den Trauben gepreßt. Derselbe hatte 71 Grad nach der Dehles'schen Waage.

Aus dem Amtsbezirk Schönan, 4. Sept. Dem Vernehmen nach hat sich gestern Abend ein vormaliger Fabrikarbeiter von Kshbach in einer dortigen Bierwirtschaft durch einen Pistolenschuß in den Mund entleibt und soll derselbe ganz kurze Zeit darauf verstorben sein. Wie man hört, so haben miltliche Familienverhältnisse den nächsten Anlaß zu dieser beklagenswerthen That abgegeben.

Stocach, 3. Sept. (Konst. Bzg.) Wie wir vernehmen, soll am 16. d. M. die Bahnstrecke Stocach-Mestrich eröffnet werden. Es sollen täglich 3 Züge fahren.

Konstanz, 4. Sept. (Konst. Bzg.) Leider ist die Verwirrung beim letzten Brandunglück zu zahlreichen Diebstählen benützt worden. Das Fahndungsausschreiben des Großh. Amtsgerichts gibt hierüber traurigen Aufschluß. Welche Frivolität dazu gehört, in einem solchen Moment an unredlichen Gewinn auf Kosten Anderer zu denken, die ohnehin schwer genug beschädigt sind, erlasse man uns zu schilbern. — Der Seespiegel ist gegenwärtig in ununterbrochenem Sinken begriffen. Heute ist der Wasserstand am Hafensegel 7' 5“.

Frankfurt, 6. Sept. Nachm. Desirr. Kreditaktien 222, Staatsbahn-Aktien 321, Silberrente 56, 1860r Loose 73 1/2, Amerikaner 85 1/2. — Nach Schluß: Desirr. Kreditaktien 225, Staatsbahn-Aktien 328, 1860r Loose 75 1/2, Amerikaner 85 1/2.

Witterungsbeobachtungen der meteorologischen Centralstation Karlsruhe.

4. Sept.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himm.	Witterung.
Morgs. 7 Uhr	27° 10,7"	+ 8,1	0,72	N.D.	klar
Morgs. 2 "	27° 10,0"	+ 17,7	0,39	N.D.	Sonnensch.
Nachts 9 "	27° 9,9"	+ 12,1	0,74	N.D.	fühl warm
5. Sept.					
Morgs. 7 Uhr	27° 10,5"	+ 10,6	0,83	S.D.	fl. bew.
Morgs. 2 "	27° 9,2"	+ 21,2	0,41	S.D.	fl. bew.
Nachts 9 "	27° 8,8"	+ 16,9	0,56	S.D.	fl. bew.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Kroenlein.

D. 468. Baden-Baden. Verwandten und Freunden geben wir die traurige Nachricht von dem Hinscheiden unseres geliebten Gatten, Vaters und Schwiegerjohnes

Dr. Adolf Laehge, Ritter der Ehrenlegion z. z. am 3. September 1869.

Die Hinterbliebenen.

D. 467. Heidelberg. Bekanntmachung. Zur Heimzahlung auf 1. Januar 1870 wurden heute folgende städtische Partial-Obligationen durch das Loos gezogen:

à 500 fl.: Nr. 23, 73, 93, 98, 117, 126, 156 und 174 = 4000 fl.

à 250 fl.: Nr. 208, 240, 259, 274, 308, 343, 366, 384, 397 und 407 = 2500 fl.

à 100 fl.: Nr. 534, 632, 633, 635, 642, 663, 720, 768, 816, 846 und 855 = 1100 fl.

Zusammen 7600 fl. Dies wird mit dem Bemerkten veröffentlicht, daß die Verzinsung der herausgegebenen Partial-Obligationen mit dem 1. Januar 1870 aufhört.

D. 469. Une demoiselle française, parisienne, de bonne famille, âgée de 22 ans, munie de ses diplômes d'institutrice, désire se placer dans une famille.

D. 465. Furlwangen. Offene Lehrungsstelle. In dem Strohmännchen- und gemischten Waaren-Geschäft der Unterzeichneten kann ein geistlicher junger Mann, der die nöthigen Vorkenntnisse besitzt, in die Lehre treten.

D. 327. Rastatt. Conditoreigehilfe-Gesuch. Ein im Baden und Garniren erfahrener Conditoreigehilfe findet auf 1. October einen Platz bei Rastatt, den 30. August 1869.

D. 310. Durlach. Offene Commisstelle. Ein angehender Commis, gut empfohlen, der bald eintreten kann, findet eine Stelle bei Georg Wielandt, Sohn, in Durlach.

D. 221. Ein junger militärs-freier Schweizer, der seine Lehre in einem Hause en gros & détail beendigt, der deutschen und französischen Sprache sowie allen vorkommenden Bureauarbeiten mächtig ist, wünscht sich zu placiren.

D. 274. Freiburg i. B. Möblierte Wohnung. Auf einer kleinen, freundlichen Anhöhe bei Freiburg ist eine elegant möblierte Wohnung von 3 und 2 Zimmern sogleich zu vermieten durch die Agentur.

D. 972. Karlsruhe. Die neueste Englische Patent-Doppelstapf-Maschine v. Taylor, welche durch Billigkeit und Solidität alles bisherige übertrifft, mit gleicher Festspannung alle Stoffe näht, ist allein mit Garantie zu beziehen bei L. Spies, Nähmaschinenhandlung.

D. 271. Freiburg i. B. Associe-Gesuch. Für ein seit Jahren bestehendes, schwunghaftes, zu 30 Proz. rentirendes Fabrikgeschäft, in einer der größten Hauptstädte Badens, das einen der gangbarsten Artikel fabrizirt und noch weiter ausgedehnt werden soll, wird ein mülthätiger Theilhaber, der über eine Baareinlage von 10 - 20,000 fl. verfügen kann, gesucht durch die Güteragentur von F. Adrian.

D. 870. Ein neu, massiv aus Stein erbautes, bis zum April 1870 vermietetes Haus in Billingen, mit großen Kellern, Hofraum, Schoppen, Garten von den Ufern der Brigach begrenzt, ist aus freier Hand zu verkaufen.

Pforzheimer Cement. In bekannter vorzüglicher Qualität empfiehlt zu billigen Preisen die Fabrik von Emil Belfer in Pforzheim.

Die Lehr- und Erziehungsanstalt zu Altbreisach

beginnt mit dem 1. October ein neues Schuljahr. Sie verfolgt den doppelten Zweck, Knaben sowohl für die höhern Studien als auch für ein bürgerliches Gewerbe vorzubereiten.

Der Vorstand. Rastatt, den 1. September 1869.

D. 470. Bruchsal. Hausversteigerung. Aus der Verlassenschaft des Bäckersmeisters Franz Moser dahier wird von dessen Erben am Montag den 13. September d. J.

D. 688. Nr. 19,573. Mannheim. Dem Eugen Ricard aus Paris wird, da sein gegenwärtiger Aufenthalt unbekannt ist, eröffnet, daß Großh. Bezirksamt dahier gegen das amtserliche Erkenntnis vom 24. Juli d. J. den Refus an Großh. Refus-Kammer ausgeführt hat, und daß es ihm freistehe, binnen gleicher Frist von 10 Tagen neue Tatsachen und neue Beweismittel vorzutragen, und daß nach dieser Zeit die Alten Großh. Refus-Kammer vorgelegt werden.

D. 668. Nr. 24,469. Heidelberg. J. S. der Rechts-nachfolger der Katharina Klein, geb. Daub, von hier, als: 1) der Witwe des Johann Philipp Klein, Katharina, geb. Reu, und deren Kinder; 2) Johann Ludwig Klein; 3) Elisabeth Klein, Ehefrau des Jakob Meißner Ludwig Keller, sämtlich von Heidelberg, Aufforderungsbeklagter, gegen unbekannt Dritte, Aufforderungsbeklagte, Eigenthumsanprüche betr.

D. 658. Nr. 674. Meersburg. In Sachen der Joh. Nepomuk Eberhard'schen Eheleute von Meersburg gegen unbekannt Dritte, Eigenthums-erwerb betr.

D. 679. Nr. 2030. Mannheim. Herr Anwalt Brauch dahier hat für die Ehefrau des Bäckersmeisters Lorenz Freimüller, Katharina, geb. Merk, von Mannheim eine Klage gegen ihren genannten Ehemann auf Vermögensabsonderung eingereicht.

D. 706. Nr. 2031. Mannheim. Herr Anwalt Dr. Grimm dahier hat für die Ehefrau des Philipp Zeisfelder, Landwirths von Neckarau, Eva Margaretha, geb. Ort, von da, Klage gegen ihren genannten Ehemann auf Vermögensabsonderung eingereicht, und ist Tagfahrt zur Verhandlung hierüber auf Samstag den 23. October d. J.

D. 667. Nr. 9823. Donaueschingen. Die Entmündigung des Mathias Engesser von Hochemmingen betr.

D. 460. Nr. 5937. Breisach. Dem lebigen Schuster Josef Radler von Jetzlingen wurde ein Paß zur Auswanderung nach Amerika ausgestellt, nachdem sich dessen Bruder Franz Xaver Radler, Landwirth von da, für etwaige Schulden desselben haltbar erklärt hatte.

D. 442. Nr. 6441. Korb. Dem Leopold Kops von Lichtenau wird die Genehmigung zur Führung der Bezirksagentur für die Auswanderungsagentur Rabus und Stoll in Mannheim erteilt.

D. 460. Nr. 5937. Breisach. Dem lebigen Schuster Josef Radler von Jetzlingen wurde ein Paß zur Auswanderung nach Amerika ausgestellt, nachdem sich dessen Bruder Franz Xaver Radler, Landwirth von da, für etwaige Schulden desselben haltbar erklärt hatte.

D. 442. Nr. 6441. Korb. Dem Leopold Kops von Lichtenau wird die Genehmigung zur Führung der Bezirksagentur für die Auswanderungsagentur Rabus und Stoll in Mannheim erteilt.

D. 460. Nr. 5937. Breisach. Dem lebigen Schuster Josef Radler von Jetzlingen wurde ein Paß zur Auswanderung nach Amerika ausgestellt, nachdem sich dessen Bruder Franz Xaver Radler, Landwirth von da, für etwaige Schulden desselben haltbar erklärt hatte.

D. 462. Offenburg. Ankündigung. Die Johann Armbuster Erben hier lassen der Antheilbarkeit wegen

D. 463. Kenzingen. Die zweite Gehilfenstelle bei biesiger Berechnung, mit welcher ein Gehalt von 500 fl. und Nebenverdienst von 50 fl. verbunden ist, wird zur Bewerbung mit Eintritt auf 1. October d. J. ausgeschrieben.

müßig öffentlich versteigern, wobei der endgiltige Zuschlag erfolgt, wenn 30,000 fl. oder mehr erlöset wird.

a) Ein großes Sägmühlengebäude mit 3 Säggängen, worunter ein Gang, auf dem Stämme von 60 Fuß Länge geschnitten werden können, nebst Kreisfäge etc., und

b) ein weiteres Sägmühlengebäude mit zwei Säggängen, einer Drechselschneide, nebst Schnittwaarenmagazin, einem besondern Comptoir und einer Arbeiterwohnung.

Das ganze Anwesen an einem floßbaren Bache und in der Nähe der Eisenbahn liegend, steht auf einer zusammenhängenden Fläche von 2 Morgen 14,7 Rthl. Eigentum und 710 Rthl. Gemeinshafliches Eigentum

am Freitag den 18. d. M., früh 9 Uhr, im Wirthshaus zu Ebnet versteigert werden:

1025 Stück tannene Bauhölzer, 381 Stück tannene Säggänge, 900 Stück tannene Laternen, 150 Stück Eichenholz, 100 Stück Buchene, 100 Stück Kiefer, 100 Stück Lärche, 100 Stück Fichte, 100 Stück Tanne, 100 Stück Kiefer, 100 Stück Lärche, 100 Stück Fichte, 100 Stück Tanne.

Die übrigen Gehilfenstellen sind durch Erplosten einer in den Mund eingeführten Schusswaffe total zerstört.

Die übrigen Gehilfenstellen sind durch Erplosten einer in den Mund eingeführten Schusswaffe total zerstört.

Die übrigen Gehilfenstellen sind durch Erplosten einer in den Mund eingeführten Schusswaffe total zerstört.

Die übrigen Gehilfenstellen sind durch Erplosten einer in den Mund eingeführten Schusswaffe total zerstört.

Die übrigen Gehilfenstellen sind durch Erplosten einer in den Mund eingeführten Schusswaffe total zerstört.

Die übrigen Gehilfenstellen sind durch Erplosten einer in den Mund eingeführten Schusswaffe total zerstört.

Die übrigen Gehilfenstellen sind durch Erplosten einer in den Mund eingeführten Schusswaffe total zerstört.

Die übrigen Gehilfenstellen sind durch Erplosten einer in den Mund eingeführten Schusswaffe total zerstört.

Die übrigen Gehilfenstellen sind durch Erplosten einer in den Mund eingeführten Schusswaffe total zerstört.

Die übrigen Gehilfenstellen sind durch Erplosten einer in den Mund eingeführten Schusswaffe total zerstört.

Die übrigen Gehilfenstellen sind durch Erplosten einer in den Mund eingeführten Schusswaffe total zerstört.

Die übrigen Gehilfenstellen sind durch Erplosten einer in den Mund eingeführten Schusswaffe total zerstört.